

An Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick
und
die Damen und Herren des Gemeinderats

Bruchsal, 14.04.2024

Offener Brief

zur geplanten Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände der ehemaligen Landesfeuerweherschule in Bruchsal

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Am Abend des 11. April 2024 haben sich circa 70 Anlieger aus dem Gebiet östlich der Karlsruher Straße zu einer kurzfristig organisierten Bürgerversammlung getroffen, um die Thematik EA auf dem Weiherberg zu diskutieren.

Das Treffen wurde von Anwohnern organisiert, die mit dem Vorgehen in dieser Angelegenheit seitens der Stadtverwaltung Bruchsal und des Gemeinderates spätestens nach Teilnahme an der letzten Gemeinderatssitzung nicht einverstanden sind. Durch verschiedene Veröffentlichungen in der Presse und im Internet wurde klar, dass es hier eine große Zahl von Menschen gibt, die die vorliegende Planung nicht gutheißen können. Zu Beginn des Treffens wurde vereinbart, dass es ausschließlich darum geht, dass eine EA nicht in einem Wohngebiet errichtet werden kann. Globale, europäische oder deutsche Asylpolitik solle an diesem Abend keine Rolle spielen.

In der fast zweistündigen Versammlung wurden zahlreiche Redebeiträge diskutiert, und man kam am Ende zu der Überzeugung, sich mit einem "Offenen Brief" an Sie zu wenden.

Mit diesem "Offenen Brief" möchten wir, die Anwohner des Wohngebietes östlich der Karlsruher Straße, Ihnen unsere Bedenken mitteilen:

1. Eine Erstaufnahmeeinrichtung in einem über Jahrzehnte gewachsenen Wohngebiet kann unmöglich ohne Folgeprobleme betrieben werden. Eine solche Einrichtung gibt es unseres Wissens in Deutschland in keinem Wohngebiet und das aus gutem Grund.

Das Wohngebiet „Kugel-Flüßel / Weiherberg“ ist nicht mit den anderen innerstädtischen Erstaufnahmestellen wie z.B. in Karlsruhe zu vergleichen, wo sich die LEA / Durlacher Allee in einem von Großmärkten geprägten Randgebiet befindet.

Unser Wohngebiet ist nicht nur für uns und unsere Familien ein wichtiger Rückzugsort, sondern auch für die Einwohnerinnen und Einwohner von Bruchsal ein Ort der Naherholung mit dem angrenzenden Landschaftsschutzgebiet „Michaelsberg und

Habichtsbuckel“ sowie dem Naturschutzgebiet „Obergrömbacher Hohle“. Aus diesem Grund sind in den letzten Jahren viele Familien mit Kindern in unser Stadtviertel gezogen, manche davon haben ihre elterlichen Häuser modernisiert und andere Bewohnerinnen und Bewohner leben seit 1949 in dem Areal - in mittlerweile altersgerecht umgebauten Wohnungen.

Mit der Erschließung des „Oberen Weiherbergs I“ ist ein weiteres, attraktives Wohngebiet für die wachsende Bruchsaler Bevölkerung entstanden.

Die geplante Erstaufnahmestelle würde jedoch das gesamte Umfeld stark verändern und möglicherweise zu erheblichen Beeinträchtigungen führen.

Daher lehnen wir eine solche EA auf dem Gelände der alten Landesfeuerweherschule entschieden ab.

2. Wie wir spätestens in der Gemeinderatssitzung vom 19. März erfahren haben, haben die Stadtverwaltung und der Gemeinderat die EA-Diskussion mit dem Thema Wohnbebauung auf dem Gelände der Landesfeuerweherschule verknüpft. Hierfür gibt es keinen sachlichen Grund. Es kann nicht sein, dass das Land Baden-Württemberg uns Bruchsaler Bürger indirekt unter Druck setzt, indem es uns das Gelände nur dann verkauft, wenn wir als Gemeinde dem Ansinnen des Landes nachkommen.

3. Zahlreiche Anwesende hatten auch von Gemeinderäten, die sie auf diesen Vorgang angesprochen hatten, die Auskunft erhalten, "man könne eh nichts machen, das Gelände gehöre dem Land." Hier sind wir allerdings anderer Ansicht. Aus unserer Sicht wäre es die Verpflichtung der Verwaltung zu prüfen, ob das Land tatsächlich auf diesem Grundstück tun und lassen kann, was es möchte. Dies insbesondere auch dadurch, dass die Rechte der direkten Anlieger sowie die Gesamtsituation des Wohngebietes bisher nicht berücksichtigt werden.

Ein bei der Versammlung anwesendes Mitglied des Gemeinderates (kein direkter Anlieger) führte aus, dass die Grundlage für die Handlung des Landes §246 BundesbauGesetz sei. Wirft man jedoch einen Blick in dieses Gesetz, so stellt sich selbst dem unbefangenen Betrachter die Frage, ob vorliegend tatsächlich die Intention dieses Gesetzes gewahrt wird.

Daher fordern wir die Verwaltung auf zu prüfen, inwieweit es rechtlich zulässig ist, dass das Land Baden-Württemberg auf dem Gelände der Landesfeuerweherschule so verfährt, wie es dies gegenwärtig tut. Die Bürger Bruchsals verdienen eine intensive rechtliche Prüfung dieser Frage.

4. Im Zuge der Diskussion stellte sich ebenfalls heraus, dass in dieser Angelegenheit die Verwaltung "hinter den Kulissen" Verhandlungen mit der Landesregierung in Stuttgart geführt hat. Allerdings haben diese ganz offensichtlich nur dazu geführt, dass man in den vergangenen Monaten/Jahren den Gemeinderat zum Stillhalten aufgefordert hat. Am Ende steht man nun mit einem desaströsen Ergebnis da, nämlich, dass diese Einrichtung jetzt kommen soll. Das als positiv verkaufte Argument, dass man nur so die Wohnbebauung ermöglichen kann, haben wir bereits zuvor diskutiert.

5. Dass bisher lediglich eine einzige dezidierte Anfrage an die Landesregierung seitens eines unserer Landtagsabgeordneten mit klar formulierten Fragen und einer Absage an die EA vorliegt, stimmt uns alle nachdenklich.

Wo ist hier das vehemente Eintreten der Stadtverwaltung und des Gemeinderates für die Einwohner unserer Stadt?

Im [Fragenkatalog von MdL Jung](#) finden sich viele der Bedenken wieder, die auch zahlreiche Bruchsaler Einwohner umtreiben.

6. Seit dem Umzug 2017 stehen die Gebäude der ehemaligen Landesfeuerweherschule leer, so dass wir ebenfalls große Bedenken haben hinsichtlich der Kosten und der Dauer der Sanierungsarbeiten für die geplante Erstaufnahmestelle. 2011 wurden die Kosten für eine Sanierung der Gebäude auf 24 Millionen Euro geschätzt.

Es ist anzunehmen, dass die Kosten heute deutlich höher ausfallen und die Bauarbeiten wegen der Altlasten des Areals länger als die angenommenen zwei Jahre dauern könnten. Darüber hinaus haben wir erhebliche Zweifel, ob bei diesen hohen Sanierungskosten die versprochene Nutzungsdauer von maximal fünf Jahren eingehalten wird und ob nach Ablauf dieser Zeit tatsächlich andere Pläne für die Einrichtung vorliegen. In einem am 07.02.2024 gesendeten Beitrag von SWR 1 heißt es ausdrücklich, das Land Baden-Württemberg würde nur noch Flüchtlingszentren ohne zeitliche Befristung einrichten.

7. Aus all diesen Gründen fordern wir Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin und auch den Gemeinderat der Stadt Bruchsal, nachdrücklich auf, dem Ansinnen des Landes Baden-Württemberg nicht zuzustimmen und sich als Verwaltung und auch Gemeinderat eindeutig gegen die Ansiedlung einer EA auf dem Gelände der alten Landesfeuerweherschule auszusprechen.

Wir sind zuversichtlich, dass eine offene und transparente Kommunikation zu einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung führen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Pauline Bacher Susanne Bacher Carmen und Lars Bachor Michael Baur Linda Besenfelder
Uwe Böser und Irina Reif Bert Brahmer Stefan Bröhl Petra und Rainer Diesing Christina Dralle
Martin Dralle Christian Eder Thomas Fabienke Simone und Marc Förg Gabriele Fuchs Peter
Fuchs Sonja Gilbers Sandra und Emma Graser Andreas Grundel Karin und Jörg Grum Vera
Heidelberger Thomas Heil Ingrid Hiller Dr. Rainer Hiller Natascha und Rainer Hirsch Sebastian
Huber Petra und Jürgen Huck Maria Hunger Gabi und Hubert Ihle Monika und Dieter Jäger
Ulrike Jäger-Koß und Stephan Koß Debora und Patrick Kaser Hannelore und Peter Kauffmann
Jennifer und Felix Kirner Else und Siegfried Kirner Sabine Kirner-Sohns Familie Kokoska Heinz
Landhäußer Annette und Alexander Mandel Claudia und Stefan Manke Katharina Ottinger Martin
Pander Brigitte Pardon Gabriele und Dietmar Rauke Gisela Rausch Dr. Dieter Reinhardt
Thomas Ries Ellen Ries Uwe Riffel Katharina Robach Mirjam Rötten Heike Ruoff-Kirner
Andreas Schmiedle Petra Schmiedle Anja und Markus Schmitt Dr. Evelyn Schneeberg Stefan
Schorle Sandra Schorle Uwe Schorle Kai Uwe Schroff Bernd Sohns Kai Stephan Miriam
Stephan Klaudija und Zoran Subic Alexandra und Torsten Thomas Nicole und Michael

Unterhauser Ralph Wächter Tanja, Uwe und Marcel Wolbert Dr. Jochen Wolf Ruth und Franziska
Zöller Hildegard und Otto Zwecker